

Fachschaft Physik an der RUB ★

Fachschaft Physik an der Ruhr-Universität Bochum
SB 02/174, Universitätsstr. 150, 4630 Bochum 1

Fachschaft Physik
Hörsaalzentrum Raum 8E10
Auf der Morgenstelle
7400 Tübingen

Bochum, im Januar 1989

Betr.: Nächste ZAPP/BuFaK vom 24.-28. Mai 1989 in Bochum

Hallo!

Nach ein paar Anlaufschwierigkeiten, und nachdem die Protokolle bei uns eingetrudelt sind, hier nun die Vorankündigung der nächsten ZAPP/BuFaK hier in Bochum. Sie findet statt von Mittwoch, den 24.05. bis Sonntag, den 28.05.1989. Dabei soll Mittwoch nur Anreisetag sein, Abreise am Sonntag mittag nach Frühstück und Abschlußplenum. Wir versprechen uns von einem viertägigen Treffen mehr Zeit zur Diskussion und damit bessere Arbeitsergebnisse, außerdem vier Abende, an denen man sich gegenseitig kennenlernen kann.

Für alle, die in Tübingen nicht dabei waren: „ZAPP“ bedeutet „Zusammenkunft aller Physik-Fachschaften“, über eine Umbenennung haben wir uns in Tübingen jedoch noch nicht einigen können. Für alle, die in Tübingen dabei waren: Sollte es irgendwo noch weitere Protokollfragmente aus den Arbeitsgruppen geben, her damit!

Wichtig ist, die Finanzierung der nächsten ZAPP/BuFaK vorher abzuchecken. Da die „illegalen“ Südfachschaften keine eigene Knete haben, richten wir einen Solidaritäts-Topf ein. Damit das aber laufen kann, müssen wir vorher von Euch wissen,

(a) ob Ihr Unterstützung braucht, um nach Bochum zu kommen, bzw.

(b) ob Ihr Möglichkeiten habt, Geld aufzutreiben.

Daher: Informiert Euch bitte, welche Töpfe Euch zur Verfügung stehen, und schreibt uns kurz, damit wir auch die hier entstehenden Kosten darauf abstimmen können! Der Soli-Topf wird während der ZAPP/BuFaK umverteilt.

Darüber hinaus möchten wir die Arbeitsthemen schon vorher zusammenstellen, damit sich jeder, der will, vorbereiten kann. In Tübingen wurden bereits genannt: Auslandskontakte - Erfahrungsaustausch, Patenschaften etc.

Physiker in der Gesellschaft - Grenzbereiche, Literatur etc.

Physiker und Los Alamos (1920-1960)

Bitte schickt uns weitere Themenvorschläge, die uns bei der Planung wichtig sind und die wir dann in der Einladung abdrucken werden.

BITTE SCHREIBT UNBEDINGT WEGEN DES SOLI-TOPPES ZURÜCK !!!

Bis dann,

Euer Stanislaw B. Preuß

Anlage: Adressen, Protokolle aus Tübingen und Info aus München



Hier die bisher bei uns angekommene BuPaK-Protokolle des Tübinger Treffens, die wir aus Gründen der Kopier- bzw. Druckkosten etwas kleiner gesetzt haben:

Das BuPaK-Physik Antrittsprotokoll

... ist leider unvollständig, da die verantwortliche Hamburger Fraktion aufgrund von Revolutionen einen Teil ihrer Unterlagen verlustig gegangen ist. Geringe Zeit nahm die Vorstellung der Sparringspartnerinnen in Anspruch. Personen- und Städtenamen verlinken im dreidimensionalen euklidischen Raum. Gerade dieses Geplänkels Ergebnis (die Anwesenheitsliste) stahl sich unsozialer Weise aus den Papieren des geschätzten Autors. Sein Gedächtnis (123456789 Gbit RAM in modernster Bio-MOS-Technik) rekonstruiert:

Hamburg, Berlin, München, TU, Frankfurt, Tübingen, Heidelberg, Bochum, Regensburg, Bielefeld, Mannheim, Bremen und Osnabrück oder Oldenburg, vielleicht Ulm u.v.a. Anmerkung: Bochum besaß sich eine möglichst vollständige Adressenliste - etwa vom vorletzten Match - und lege diese zu Beginn der nächsten Begegnung aus, auf daß alle Anwesende(n) ihre Anwesenheit - etwa per Kreuz - vermerken und evtl. ihre Anschrift korrigieren.

Alsdem entstand einiger Tumult um das Ansinnen eines Bochumers, daß die heilige Konferenz sich eine Satzung geben möge, die den Wiedereintritt in die VDS verhindern solle. Unruhe entstand, da fast niemand der Anwesenden den Austritt registriert und noch weniger wußten, wer die VDS ist. Dies zeigt zweierlei (Anm. d. Verf.):

- ständige, nicht differenzierbare Ignoranz gegenüber Tagungsprotokollen
- Unreife der VDS für eine nicht verschwindende Menge der Teilnehmerinnen

Über die VDS wurde deshalb mitgeteilt: Vereinigte Deutsche Studentinnen = Dachverband der Asten: Verteilung des Stimmrechts nach Unigröße: u.a. Finanzierungsauftrag: Nordosten zahlen ein, VDS bestimmt über Verteilung. Kritik an VDS: Dominanz der »GO-Verbände« (=MSB, SHB, ...) Unzulänge, da hochschulferne Politik, hierarchische Strukturen, Geld fließt nicht an bedürftige Basis-Asten des Südens

Die Diskussion über für und wider wurde schließlich auf die AG Hochschulpolitik abgewälzt. Daraus entspringt der erste fruchtbare Ansatz:

- (1) Studienplan 2000 - Regelstudienzeit, Kapazitätsprobleme, Stellenkürzung etc.
 - (2) Satzung/Finanzierung/Organisation der BuPaK, VDS, europäische Frage
 - (3) Frauenförderpläne/Frauenfragen
 - (4) Freiheit der Wissenschaft, Ingrid Strobel, Hausdurchsuchungen
 - (5) Fachschaftszeitungen
 - (6) Technologie Technik TPA Rüstung etc.
- Fürs Plenum aufgespart:
BuPaks Zukunft, BuPaK beim Namen genannt, der keine Magenkrämpfe mehr verursacht.

Zum Schluß ein paar Vorschläge für eine zukünftige BuPaK: Legt eine Tagesordnung vor, die straff durchgezogen wird, legt einen Terminplan vor für den Ablauf der Tagung, das spart Streß!
Euer selbst herrlicher Wolfgang-Harnett-HH

Abschlußbericht der BuPaK-Physik (4.12.1908)

1. Aus den Arbeitskreisen

(A) Strukturplan-Gegenkommission. Hier sei verwiesen auf das vorzügliche Ergebnisprotokoll des Arbeitskreises.

(B) Gründe und Ziele der Verhaftung von Ingrid Strobel wurden erarbeitet. Das Ergebnis wurde im Hinblick auf Wissenschaftskritik durch die Gesellschaft interpretiert, unter Berücksichtigung der Historie. Die Unterdrückungsmechanismen von Gesellschaftsschichten äußern sich oft in deren Weltbild, dazu wurde ein Buchtip gegeben. Weiterhin wurde die Rolle der Frauen in der Forschung angesprochen. Ein Vorschlag der Arbeitsgruppe für einen zukünftigen Arbeitskreis war das Thema »Väter der Wasserstoff-, Atom- und C-Bombe & ihre Vatergefühle« (C) Rüstungsforschung, HTR, Umwelt etc. Der Arbeitskreis verschaffte sich einen Überblick über die aktuelle Einbindung der Rüstungsforschung in den Unibetrieb in der BRD. Es wurde festgestellt, daß fast alle Unis Rüstungsforschung betreiben; oftmals wird diese ausgelagert. Daher ist das Feedback innerhalb der betroffenen Unis gering. Kritische Seminare sind meist sehr allgemein. Innerhalb der Studentinnenenschaft herrscht Schizophrenie: Anfänger sind in der Regel abgeneigt, Fortgeschrittene sind willig. Zwei Forderungen entspringen daraus für den Arbeitskreis:

- 1 - Analyse der Schizophrenie, Interviews mit Studentinnen und Institutsleitern der betroffenen Institute
 - 2 - Thematik muß im Lehrplan festgeschrieben werden, Seminare dazu eingerichtet
- Das HTR-Problem drängt und ist zu wenig beachtet, Informationen liefert auf Anfrage Robin Wood und der Braunschweiger FB Physik. Im Bereich Ökologie ist noch viel zu leisten, der Arbeitskreis hat detaillierte Vorschläge erarbeitet.

(D) Der AK Fachschaftszeitungen hat Erfahrungen ausgetauscht, Maxime aufgestellt, Tips zusammengestellt. Dazu gehören auch juristische Buchtips.

2. Allgemeines

Vorschläge aus dem Plenum: Namensänderung/Zusammenschluß aller Physik Fachschaften = Z A P F

Begründung: »BuPaK« zu humorlos, außerdem VDS-Werk, wegen Austritt Änderungsbedürftig.

Abstimmung: knappe Mehrheit gegen Änderung auf dieser Tagung. Im September tagt in Freiburg eine internationale Konferenz von Physikstudentinnen, auf Initiative von Ungarn. Bisher gab es schon derer zwei im Ostblock. Die übernächste Tagung der BuPaK (oder wie auch immer) soll in BERLIN stattfinden, vorbehaltlich des Schlimmeren.

Termin für die nächste BuPaK: 24.-26.05. in BOCHUM.

Ergebnispapier des Arbeitskreises "Studiengang 2000"
auf der Bundesfachschulkonferenz Physik in Tübingen '88

1) Thema des Arbeitskreises

Der Arbeitskreis SP-2000 befaßte sich mit den Vorstellungen einiger Physikstudentinnen zu Sinn und daraus sich ergebender Organisationsform des Physikstudiums. Ziel der Arbeit war es, ein Konzept zur Gestaltung eines Studienplanes für die Physik zu erstellen. Das Konzept soll eine Argumentationshilfe bei einschlägigen Diskussionen darstellen und Anregungen über die regionale Beschränktheit einer Physikfachschaft hinaus bieten.

2) Leitideen zum Konzept

Allgemeiner Konsens bestand über den Sinn eines Diplomstudien-
gangs Physik in folgenden Gebieten:

- Ziel des Studiums ist die Vermittlung von Fachkenntnissen besonders der Physik und die Anleitung zu selbständigem wissenschaftlichen Arbeiten und Lösen von Problemen.
- die Studentin der Physik ist eigenständig und eigenverantwortlich für den konkreten Aufbau ihres Studiums
- das Physikstudium soll daher durch so wenig Pflichtauflagen wie möglich geregelt sein.
- Als Abschluß soll nach wie vor eine Diplomhauptprüfung abgelegt werden, die über die tatsächliche Qualifikation der Studentin Auskunft gibt.
- eine fixierte Höchststudiendauer wird abgelehnt, da sie der Eigenverantwortlichkeit widerspricht.
- die traditionellen Bereiche der phys. Lehre sollen um wissenschaftskritische (gesellschaftsrelevante) Inhalte erweitert werden, wie Ökologie, Rüstung, &c.
- fächerübergreifende Themen (z.B. Philosophie) bzw. Aufgaben (z.B. interdisziplinäre Diplomarbeiten) sollen mehr Platz im Studium erhalten und, auch in der Diplomhauptprüfung anerkannt werden.

3) Konkretisierung der Ideen & praktische Vorschläge

3.1) Anfängerinnenausbildung

SCHNUPPERSEMESTER

Die geforderte Interdisziplinarität und die Eigenverantwortlichkeit können nur dann gesichert werden, wenn jede Studentin die Möglichkeit hat, ein Semester lang ohne jegliche Pflichtaufgaben zu studieren, sodaß sie die anderen Fachbereiche kennenlernen kann. ~~XXXXXX~~

(Anregung des Protokollanten: effektives Kennenlernen - ein Semester ist kurz! - erfordert interdisz. Einführungsveranstaltungen an allen Fachbereichen und/oder besondere Hinweise am FB Physik -- dazu schicke ich gerne auf Anfrage Erfahrungsberichte über unsere (HH) "Orientierungseinheit") Die Einrichtung eines Schnuppersemesters bedeutet u.a.:

- Anerkennung für BAföG, sofern BAföG zeitgebunden ist, mit dem erwünschten Signaleffekt für zahlungswüde Eltern o.ä.
- Anerkennung für Studiendauer, falls in den Prüfungsordnungen noch Fristklauseln sind.
- der Studienbeginn muß jederzeit möglich sein:
 - kein Jahresturnus für Immatrikulation
 - keine streng fortschreitende Vorlesung (Aufbauvorlesung) im Jahresturnus
 - falls überhaupt jahresmäßige Vorlesungen, dann solche, in die Frau jederzeit einsteigen kann.

GRUNDSTUDIUM

Der Arbeitskreis sieht die Notwendigkeit einer pflichtmäßigen Grundausbildung unter Vorbehalt ein. Auch in den Pflichtveranstaltungen sollte routinemäßig auf gesellschaftsrelevante Inhalte geachtet werden, z.B. Beispiele in der Thermodynamik können zwanglose Typen zum Energiesparen sein, &c.

A Vorlesungen

Dem Arbeitskreis ist keine wirkliche Alternative zu Anfängerinnenvorlesungen eingefallen. Bei der elementaren Ausbildung ist daher ggw. die Vorlesung als Lehrform nicht zu ersetzen. Allerdings sollte die Minimalvoraussetzung eines die Vorlesung begleitenden Skriptums, das vor dem Vortrag vorliegt - d.h. vor dem Semester ganz oder abschnittsweise während des Semesters von den Professorinnen erbracht werden.

Diese Forderung ist als generelle Richtlinie anzusehen und k

kann im Ausnahmefällen von einzelnen Professorinnen begründet und im Konsens mit den betroffenen Studentinnen, abgelehnt werden (ein von der Professurin geschriebenes Buch, das für DM 50.- zu kaufen ist, stellt keine Alternative dar!)

Im der Anfängerinnenausbildung ist besonders darauf zu achten, daß Praktika auf die zugehörigen Experimentalvorlesungen abgestimmt sind - bei Semesterpraktika heißt das: Versuche müssen gemäß der Vorlesung an ihrem systematischen Ort etwa zeitgleich durchgeführt werden; ihre Bedeutung muß in der Vorlesung erläutert werden.

Ebenso muß die Mathematikausbildung an die Entwicklung der mathematischen Methoden in theoretischen und experimentellen Vorlesungen angepaßt werden, so daß gewährleistet ist, daß die Physikstudentinnen mit den erforderlichen Methoden vertraut sind. Dies bedeutet keine Einschränkung der Professorinnen in ihrer Lehrfreiheit, da ihnen unbenommen bleibt, eigenen Stoff vorzutragen, sobald die Notwendigkeiten abgedeckt sind.

B Übungen

Die Vorlesungen werden von Übungen begleitet, in denen der Vorlesungsstoff erläutert und vertieft werden soll, keinesfalls aber übermäßig erweitert. Dies kann durch Zusammenfassungen des Stoffes von Studentinnen geschehen, durch Ausführungen der Lehrkräfte und durch Rechenaufgaben.

Wir erachten es als nicht sinnvoll, lediglich von Sitzung zu Sitzung Aufgabenblätter zu verteilen, die dann "diskutiert" werden, indem die Lösungen der Aufgaben bekannt gegeben wird. Insbesondere ist von diesem Modell Abstand zu nehmen, wenn die richtige Lösung der Aufgaben als Scheinvergabekriterium herangezogen wird, da dies erfahrungsgemäß in Abschiebererei und Unverständnis durch Überlastung &c. endet.

Ein gangbarer Weg erscheint dem Arbeitskreis dagegen das Frankfurter Modell zu sein: Zusammenfassungen und Rechenaufgaben ergänzen hier einander. In der Sitzung werden Aufgaben gestellt, die gemeinsam gelöst werden. (auch als Präsenzübungen bekannt) Es sollte jedoch auch die Möglichkeit geboten werden, weitere Aufgaben in Ruhe (wöchentlich) zu lösen, damit Studentinnen mit geringerem individuellen Arbeitstempo nicht benachteiligt werden.

Ein sinnvoller Ablauf von Übungsgruppen kann allgemein nur gewährleistet werden, wenn die Teilnehmerzahl 15- 20 Studentinnen nicht übersteigt. Da dies Personalintensiv ist, schlagen wir vor, verstärkt studentische Hilfskräfte als Lehrende einzusetzen und sie angemessen finanziell zu entschädigen. In Anfängerinnenveranstaltungen ist oft eine studentische Hilfskraft kompetenter als eine Professorin, da das Themengebiet einfach, die Fragen der Studentinnen gelegentlich für Professorinnen nicht nachvollziehbar sind. In anderen Fachbereichen hat sich das Konzept der studentischen Hilfskräfte schon vielfach bewährt (z.B. in der Philosophie)

C Seminare

Die Seminarform (studentische Vorträge über Fachthemen) bietet ideale Möglichkeiten, sich auf eine spätere Lehrfähigkeit vorzubereiten und vertieft vorhandene Kenntnisse erheblich. Darum erscheint sie dem Arbeitskreis auch für das Grundstudium als sinnvoll und notwendig. Dabei ist darauf zu achten, daß Seminare entweder zusätzlich angeboten werden und dann keinen zusätzlichen Lehrstoff enthalten, sondern nur eine Vertiefung des Erlernten bedeuten; oder aber sie werden statt einer Vorlesung bzw. Übung angeboten, so daß die Studentinnen nicht mit Pflichtstunden überlastet werden. Auch die Seminare sollten soweit als möglich von studentischen Hilfskräften durchgeführt werden.

Ein Beispiel: historisch-systematisch wichtige Experimente der Quantenmechanik könnten in Seminarform ausführlich erläutert werden, das Seminar evtl. eine Übung zur Vorlesung, so diese zweisemestrig ist, ersetzen.

D Scheine und Klausuren

Scheine und Klausuren haben i.a. zwei Funktionen:

1. Zulassungsvoraussetzung zur Vordiplomprüfung, Praktika &c.
 2. Anhaltspunkt zur Selbsteinschätzung der Studenten zu 1. : diese Funktion ist gebunden an den Sinn der VDP &c.
- Hierzu sei auf E verwiesen und angemerkt, daß es auch erfolgreiche Modelle gibt (Bielefeld), in denen die VDP ohne Zulassungsbeschränkungen abgenommen wird.

zu 2. : In einem auf der Eigenverantwortlichkeit der Studierenden basierenden Konzept des Physikstudiums sind Orientierungshilfen zur Selbsteinschätzung unerlässlich. Ob jedoch Pflichtscheine erworben und Pflichtklausuren mit Benotung (evtl. als Scheinvergabekriterium) durchgeführt werden müssen, ist fraglich und wurde vom Arbeitskreis bestritten.
Fruchtbarere Orientierungshilfen sind u.a.:

- anonyme Klausuren, die den Erfolg der Vorlesung/Übung auch sehr gut attestieren
- gemeinsam zu lösende Aufgaben während der Übung
- unverbindliche Zusatzaufgaben, die in der Übung besprochen werden. (Aufgaben aus Büchern haben oft keine angegebene Lösung)

- wenn überhaupt Scheine vergeben werden, dann solche, die die Anwesenheit attestieren; der Erfolg kann durch anonyme Klausuren geprüft werden

Der Arbeitskreis fordert die Abschaffung der Verbindlichkeit aller Scheine und individueller Klausuren, da hiermit nur die Konkurrenzsituation gefördert und das Lernen zu Scheinerwerb degradiert wird. Im übrigen sollen mehr Möglichkeiten zu persönlichen Gesprächen mit Lehrenden über Sachgebiete eingeräumt werden. (Das bedeutet, das Orte und Zeiten fixiert werden, sonst nehmen der Voraussicht nach kaum Studenten das Angebot wahr, und Professorinnen verweigern die Gespräche; d.F.)
Beispiel: Studentin geht zu prof. und läßt sich freiwillig über anal. Mechanik prüfen". prof. kann dann individuell beraten.

E Vordiplom

Der Arbeitskreis hat kein einheitliches Konzept zur VDP erarbeiten können. Eine Minderheit wollte am Konzept der verbindlichen VDP festhalten, da ihrer Meinung nach die verbindl. Leistungskontrolle dem Hauptstudium und der DiplomHauptprüfung dienlich ist.

Nach Auffassung der absoluten Mehrheit des AK sollte die VDP als verbindliche Prüfung abgeschafft werden.

Sie widerspricht der angestrebten Eigenverantwortlichkeit und erfüllt überdies nur untergeordnete:

- Bewerbungen an Instituten (ZB DESY-HH, eigene Uni) für Praktika & Diplomarbeiten (betrifft nicht alle stud.)
- Standardisierung des Studienortwechsels (wird ohnehin flexibel gehandhabt)

oder abzulehrende Zwecke:

- Siebfunktion für Studienfortgang
 - Kriterium für Bewerbungen in Berufen (Studiendauer, Note)
 - Kriterium für Vorauswahl bei Bewerbungen zu Diplomarbeiten zum letzten: Die VDP liegt oft zu früh im Studiengang, um aussagekräftig für die tatsächlichen Kenntnisse zur Zeit der Bewerbung zu sein.
- Solange jedoch einige Institute ein Vordiplom verlangen, sollte es möglich sein, eine benotete VDP abzulegen.

3.2) Hauptstudium

Besonders im Hauptstudium sollte von der Lehrform Vorlesung Abstand genommen werden. Seminare und Übungen oder andere Lehrformen (stud. Kleingruppen etc.) sind hier vorzuziehen. Diesbezüglich wurde keine Diskussion im AK geführt. Verstärkt sollten im Hauptstudium gesellschaftsrelevante Themen erarbeitet werden (Frieden, Ökologie ...), und die Koordination mit anderen Fachbereichen sollte verstärkt werden (interdisziplinäres Studium)

Anmerkung zur Form: Grundsätzlich gibt das Grammatische Geschlecht der Wörter keine Fixierung des biologischen Geschlechts weder . Männliche Formen schließen Frauen mit ein und umgekehrt.

Hamburg, 6.12.88
mit lieblichen Grüßen, der protokollführer


(Wolfgang Harnett)

Arbeitskreis Rüstungsforschung, Technologiefolgenabschätzung, HTR, Ökologie

1. Rüstungsforschung (RüFo)

Rundlauf:

Marburg: UNI-Konsens "Nein zur Rüstungsforschung". Umsetzung im FB unproblematisch, da dieser relativ klein.

Dresden: trotz Grundkonsens gegen RüFo sickern Firmen mit Rüstungsproduktion über den zivilen Sektor ein. So sollte im Bereich Akustik ein mit ziviler Beschreibung getarnter Torpedoprüfstand installiert werden. Probleme: Kontrollierbarkeit, Abschottungstendenzen unter den einzelnen Forschungsgruppen.

Bremen: ein ehemals existierender Beschluß für Verbot von RüFo wurde im Nachhinein mit formaljuristischen Begründungen wieder aufgehoben, was die Vermutung erhärtet, daß RüFo betrieben wird. Trotzdem 3.-Mittelforschung bisher veröffentlicht wurde, ist die heutige Situation nicht überschaubar, da Veröffentlichungen maskiert werden und Diskussionen über RüFo erst anlaufen. Der RüFo-Schwerpunkt liegt eher im Produktionstechniklehrstuhl und die Tendenz liegt auf Zunahme von RüFo, infolge eines Wirtschaftsaktionsplanes.

Braunschweig: Genaues ist nicht bekannt. Vermutungen gehen, daß viel 3.-Mittelforschung betrieben wird, dahin, daß z.B. der Rechner im Zusammenhang mit SDI Verwendung findet und daß allgemein auch für die Rüstung geforscht wird. Diskussionen/Gegeninitiativen finden nicht statt.

München: der RüFo-Anteil ist bestimmt nicht unerheblich. Genaues ist aber ebenfalls nicht bekannt.

Hamburg: RüFo sicherlich, Diskussionen über Rüstung eher allgemeinpolitisch, kein Bezug zum eigenen FB. Hinzu kommt die neue TU mit viel Technik, viel 3.-Mittel, ergo viel Rüstung.

Regensburg: am FB ist nichts bekannt, ehemaliger AK-RüFo eingeschlafen, da er nicht an konkrete Informationen herankam.

Tübingen: viel 3.-Mittel, davon einige für RüFo z.B. in der Optik (hier wurde ein Institut schon vor 20 Jahren ausgelagert und vollständig abgeschottet (Harthöhe), während der Prof. noch an der UNI habilitiert. In diesem Zusammenhang gab's auch "Ungleichmäßigkeiten" bei der Professurstellenprüfung, da 90% seiner Arbeiten geheimer Natur sind).

Bochum: daß "nicht für Rüstung geforscht werden soll" ist Teil der Präambel. FB betreibt viel Grundlagenforschung, und Erkenntnisse hieraus sind oft für Rüstung verwertbar. Ein Prof. bietet Seminar zur Verantwortung der Naturwissenschaft(ler?) an und es gibt einen Auftrag von der VW-Stiftung bzgl. Verifikation konventioneller Rüstungskontrolle.

Fazit der Diskussion:

AK's zur Rüstungsproblematik haben kaum konkreten Bezug zur eigenen UNI
-es wäre nötig sich konkreter mit den einzelnen Instituten zu befassen.
-in wessen Interesse (welcher Firma) laufen die einzelnen Projekte, laut HRG besteht keine Veröffentlichungspflicht mehr für 3.-Mittelaufträge!
-wo läuft die Grenze zwischen ziviler und RüFo, was ist für die Rüstung alles verwertbar?
z.B. Nichtlineare Dynamik (Uni Erlangen) --> Mustererkennung
Variationsrechnung (Spieltheorie) (TU-München) --> milit. Strategien

Informationsmanko wohl allgemein, Resonanz der Masse gleich null.
bleiben vor allem Fragen:
-Verliert man im Uni-alltag die Problematik aus dem Blickfeld, Studienstreß --> Schnell-durch-haltung --> Scheuklappen?
-Werden Physiker i.a. abgehobene Fachtrötter, Forschung = Wertfrei + Sachzwänge --> kein Ausweg aus RüFo?
-welche Motivation haben die Einzelnen für RüFo, gibt es eine "Faszination RüFo"?
z.B. RüFo ist Forschung an der Grenze des momentan erreichbaren;
Spin-off Effekt.

Bewußtseinsbildung gegen RüFo wird allgemein als nötig angesehen, aber Lösungsvorschläge fanden sich nicht.

2. Hochtemperaturreaktor (HTR):

Neu und äußerst gefährlich an der Problematik,

a) das Genehmigungsverfahren (Atomgesetz § 7a):

- Bedingung zur Einleitung des GV's: lediglich der Nachweis eines festen Abnehmers (muß nicht aus der BRD sein).
- die einmal ausgesprochene Genehmigung für diesen einen Reaktor, entspricht einer allgemeinen Betriebserlaubnis, d.h. alle weiteren Reaktoren dieser Bauart bedürfen keiner weiteren Genehmigung (auch nicht, wenn sie in der BRD aufgestellt werden sollen)!

b) die sehr kompakte Bauweise, welche ihn auch für größere Firmen interessant macht (z.B. zur Erzeugung von Prozesswärme mit Strom als Nebeneffekt), und welche es für Verantwortungsbewußte Mitbürger äußerst schwer machen wird, einen Überblick über Anzahl und Ort bereits aufgestellte Anlagen zu behalten, von der sich ändernden Entsorgungssituation ganz zu schweigen (es braucht dann wohl auch Schrottplätze für ausgediente Klein- u. Kleinstreaktoren).

Schwerpunkt unsererseits sollte jetzt eher pragmatischer Natur sein:

- Ende der Einspruchsfrist ca. Ende Februar 1989
- Aktionen zu den Anhörungsverfahren
- Aktionen gegen Auftragsfirmen, z.B. Hersteller der Uran-Graphitkugeln

Braunschweig will aktuelles Material an alle anwesenden Unis versenden, inklusive Fristenzeitplan und Kontaktadressen (Referenten, Robin Wood, ...)

AKW-AK's (u.ä.) gibt's in:

Bremen (AK-AKW), TU-München (AK-WAA), Tübingen (AK Atomwirtschaft), allerdings fehlten zum Zeitpunkt dieses Rundlaufs schon einige.

3. Technologiefolgenabschätzung (TFA):

aus der Verantwortung der Wissenschaft über die von ihr hervorgebrachten Erkenntnisse und Entwicklungen folgt natürlich, daß der/die Einzelne auch die Folgen, die Wechselwirkungen seines/ihrer Schaffens mit der Natur und mit der Gesellschaft zu untersuchen und zu veröffentlichen hat!

Um dem gerecht zu werden bedarf es

- der Möglichkeit sich eine umfassendere Denkweise anzueignen, d.h. daß diese im Studium gelehrt werden muß (TFA als BHG-Zusatzfach erwies sich aber als nicht sinnvoll)
- der Integration der TFA in die Forschungsprojekte, wobei - die Veröffentlichung in einer Sprache zu erfolgen hat, welche auch Fachfremde verstehen können
 - die Kontrolle über die Erstellung einer TFA in Händen der UNI, nicht aber beim Auftrag- bzw. 3.-Mittelgeber zu liegen hat
- der Gewährleistung von Offenheit in der Forschung (sowohl interdisziplinär als auch gegenüber der Öffentlichkeit).

4. Ökologie (allgemein):

einige Punkte analog zu RüFo und TFA (AK's & Bezug zur UNI, Integration in Forschung und Lehre).

hinzu kamen noch

Technologieparks: für die Lösung ökologischer Probleme wohl kaum nützlich, da Technop. nur auf kurzfristige Marktbedürfnisse zugeschnitten sind, während die anstehenden Probleme vorwiegend auf der politischen Seite zu lösen sind (z.B. Nutzungszwang für Umweltfreundliche Erkenntnisse).

Haft; stirbt nach 1/2 Jahr an der lange verschleppten
Tuberkulose (Buchtip!))

Timothy Leary: Psychologieprofessor, forscht seit 1958 mit LSD als
Therapeutikum mit dem Ergebnis, daß der Mensch damit
eine bessere Gesellschaft errichten könnte.
1973 erhielt er wegen des Besitzes von 2 joints 15
Jahre Haft (Buchtip!).

Uni Bremen: 3 Profs, die Umweltforschung betreiben, wurden kalt-
gestellt((s. Unizeitung, "reaktion im vormarsch").

Astronomiegeschichte: außereuropäische Ergebnisse werden verschwiegen
(Buchtip!)

Frauen: Ihre Ergebnisse erscheinen oft unter Männernamen oder
werden geleugnet (Buchtip!)

Ärzte: haben sich geweiht, Strahlenforschung für Kriegs-
planung zu betreiben; Gerichtsbeschuß: Kündigung ist
rechtmäßig (s. Artikel aus der VZ)

Buchtips

- Wilhelm Reich: rororo-Monographie

- zu Timothy Leary: Robert A. Wilson, "Cosmic Trigger", TB (Achtung:wild!)

- Astronomiegeschichte: Cornell, "Die ersten Astronomen", TB

dagegen konservativ: Friedrich Becker

- Wissenschaftlerinnen: Margaret Alic, "Hypatias Töchter", Unionsverlag

- Los Alamos: Robert Jung, "Heiler als tausend Sonnen".

Themenvorschlag fürs Sommersemester:

Rolle der "Großen" Forscher unseres Jahrhunderts bei der Entwicklung
der A-Bombe (Los Alamos, s. Buchtip); Bsp.: Diese Weiler weigerte sich,
mitzumachen.

Wer was dazu weiß, schickt es bitte ans Sekretariat nach Bochum für
die Einladung.

Protokoll zur BuFak WS 88/89 (1.-4.12.88) in Tübingen

AG 4 (Sa): Strobl und Fenslein als Beispiel für Kriminalisierung
von Wissenschaftskritik;
Umgang mit Wissenschaftskritik, kritischen Wissenschaft-
lerinnen und ihren Ergebnissen im allgemeinen

Zum ersten Teil nur kurz (ausführlicher von Ullé/Wü):

Ingrid Strobl sitzt in Isolationshaft, weil sie sich kritisch und
fundiert (Gen-Archiv) gegen die Genforschung eingesetzt hat.

Die Vorwürfe gegen sie sind ein an den Haaren herbeigezogenes Kon-
strukt, das aber jeden bedroht, die/der vorhat, sich mit der neu-
tigen Technologie kritisch auseinanderzusetzen.

Konkret: - §129a (StGB) = Unterstützung einer terroristischen Ver-
einigung: Sie hat Leute aus der linken (legalen!) Szene
getroffen.

- Sie habe sich mit "anschlagsrelevanten Themen" befaßt
(Gentechnologie).

Konkrete Gewalttaten o.ä. können ihr nicht vorgeworfen werden; trotz
dem wird sie wie eine Terroristin behandelt.

Diese beiden Vorwürfe (§129a, "anschlagsrelevante Themen") betreffen
alle, die die aktuellen, von den Herrschenden propagierten Technolo-
gien in Frage stellt, also auch wir könnten so später mal kriminali-
siert werden.

2. Kriminalisierung von ForscherInnen, deren Ergebnisse für die be-
stehende Gesellschaft "gefährlich" werden könnten, hat Tradition.
Beispiele:

Galilei: sein Weltbild widersprach dem kirchlichen => Zwang, abzu-
schwören (ist wohl bekannt ...)

Wilhelm Reich: Freudschüler, später Freudgegnern, Sexualforscher;
Er kam zu dem Ergebnis, daß in dieser Gesellschaft
kein Mensch geistig gesund leben kann und folgerte
daraus, daß die Gesellschaft verändert werden muß.
Daraufhin wurde er aus allen psychologischen Verbän-
den rausgeschmissen.

Sein Buch "Massenpsychologie + Faschismus" richtete
sich sowohl gegen Hitler, als auch gegen Stalin, wes-
halb er aus der kommunistischen Partei rausgeschmissen
wurde.

In den USA betrieb er Forschung zur "Orgonstrahlung",
die Heilwirkung haben soll, und brachte so die Pharma-
obby gegen sich. Folge: Kriminalisierung, Bücherver-
brennung (1956 in USA!), Laboratorium zerstört, 2 Jah-

Hallo Leute, im Auftrag der BuFak-Physik schicken wir Euch heute Informationen der TU-München zu dem dort abgelaufenen "Senatskanal". Folgende Informationen sind uns zugegangen:

Am Mittwoch, dem 27. Juli tagte der Senat der TU-München das letzte Mal im Sommersemester 1988. Ein Punkt war routinemäßig die Besetzung der Senatskommissionen.

Die studentischen Vertreter für die Kommissionen wurden von den Fachschaften vorgeschlagen und in einer Sitzung des Studenterrates als übergeordnetes Gremium aller Fachschaften beschlossen. Die von den studentischen Senatoren vorgelegte Liste wurde jedoch auf der Senatsitzung von Prof. Dr. Otto Meitinger, amtierender Präsident der TU-München, abgeändert und dann beschlossen.

Die Änderung bestand daraus, daß ein Mitglied des studentischen Sprecherates aus einer wichtigen Kommission herausgenommen wurde, und dieser durch ein Mitglied des RCDs ersetzt wurde.

Hintergrund dieser Aktion war wohl ein Brief, den der RCDs an Präsident Meitinger und einige andere Professoren im Senat geschickt hatte. Darin forderte der RCDs eine Berücksichtigung seiner Mitglieder bei der Besetzung der Senatskommissionen und berief sich auf eine mündliche Zusicherung derselben durch den Präsidenten.

Die geringe Bereitschaft des RCDs zur Mitarbeit in der Studentenvertretung, sowie das konstant schlechte Abschneiden des RCDs bei den offiziellen Hochschulwahlen eröffnet ihm keine demokratisch legitimierte Beteiligung an der Studentenvertretung im Senat. Nun hat er zum Mittel der Einflussnahme durch die Mutterpartei sowie durch ihm gewogene Professoren gegriffen, um zu etwas Einfluß an der Hochschule zu kommen.

STUDENTENVEREINIGUNG DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT MÜNCHEN

Arbeits-Z: 8000 München 2 - Telefon (089) 293-2791-2792-2793

Neue Informations-
21.03.29.90/1

PRESSERKLARUNG

Als unser "Schlag ins Gesicht" empfanden die gewählten Studentenvertreter der TU München das Vorgehen des Präsidenten Prof. Dr. Otto Meitinger, als er in der Sitzung am 27. Juli um die Besetzung der Senatskommissionen ging. Unter Hinweis auf einen vertraulichen Brief des RCDs wurde die Vorschlagsliste mit den studentischen Vertretern für die Senatskommissionen (auch Senat) Präsident Meitinger, richtiglicherweise eine Liste des Senats von Senatskommissionen, die von den Senatoren vorgeschlagen wurde. Dies ist ein völlig einseitiger Vorgang, mit dem die demokratischen Grundrechte der Studenten verletzt werden und es zu unzulässigen Eingriffen in die Selbstverwaltung der TU führt, alsbaldigste Vorgehensweise wird. Es kann einfach nicht ergehen, daß die Professoren mit ihrer Absicht in den hochschulpolitischen Gremien, welche ihren gewählten Studenten die Sitz der Studentenvertreter erhalten, Dies bedeutet in hiesiger Konsequenz, da einseitige Führung von den Präsidenten der Gruppenvertreter, wie es jetzt noch in Anwaltschaft bestehen und nicht auch die offiziellen Hochschulwahlen zu einer Fair-Offensichtlichkeit bezieht. Ist der Präsident der TU, möglichst bald wieder die Zustände der alten Oberlinienscheitler herzustellen, indem möglichst begünstigt zu hochschulpolitischen Studenten in allen Wahlorgansen wobei in irgendeine Ämter geholt werden.

TECHNISCHE UNIVERSITÄT MÜNCHEN

DER PRÄSIDENT

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Otto Weittinger

München, 26. Oktober 1968

An die

Studentenvertretung der

Technischen Universität München

Arzlsstraße 21

8000 München 2

Mit Briefbogen der "Studentenvertretung der Technischen Universität München" wurde in den ersten August-Tagen an die Münchner Tageszeitungen eine Presseerklärung versandt. In der Presseerklärung wurde zu der Besetzung der dem akademischen Senat unserer Universität zuzurechnenden Kommissionen Stellung genommen, die der Senat in seiner Sitzung am 27. Juli beschlossen hatte.

In dieser Presseerklärung wurden in einer einseitig tendenziösen Weise unwahre Behauptungen aneinandergereiht.

1. Es ist unwahr, daß sich der Senat mit der Vorschlagsliste der studentischen Vertreter nicht befaßt hat. Die von den beiden studentischen Senatsmitgliedern zur Sitzung mitgebrachte Liste lag als Tischvorlage aus. Die Liste wurde vom Senat mit einer einzigen Ausnahme - Entsendung von studentischen Vertretern in die Grundordnungskommission - unverändert übernommen. Es ist deshalb auch nicht richtig, daß der Präsident in der Sitzung seinerseits eine Liste vorgeschlagen hat, die dann vom Senat angenommen wurde.

Blatt 2 - an die Studentenvertretung der Technischen Universität München

2. Es ist unwahr, daß der Vorgang der Besetzung der Kommission von allen gewählten Studentenvertretern der Technischen Universität München "aufs Schärfste verurteilt" wird. Zumindest die beiden in den Senat gewählten Studentenvertreter, also die unmittelbar Beteiligten, haben sich aufgrund ihrer Kenntnisse des "Vorganges" von der Presseerklärung distanziert.

3. Es ist unwahr, daß die Professoren mit ihrer Mehrheit bestimmt haben, welche Studenten die Sitze der Studentenvertreter erhalten. Die Besetzung der Senatskommissionen erfolgte im Senat von allen Senatsmitgliedern einstimmig bei Stimmenthaltung der beiden studentischen Vertreter.

4. Es ist unrichtig, daß in der von den Studentenvertretern vorgeschlagenen Liste keine Mitglieder des RCDS aufgenommen waren. In der Liste der Studentenvertretung waren bereits ein Angehöriger des RCDS als Mitglied einer Kommission und ein zweiter als Mitgliedsvertreter benannt gewesen.

5. Es ist irreführend zu behaupten, daß der RCDS bei den Hochschulwahlen nur knapp mehr als 10 % der abgegebenen Stimmen erreicht hatte. Tatsächlich waren es 14 %.

Vor dem Hintergrund dieses Stimmanteils des RCDS hielt es der Senat für richtig, für die insgesamt 31 von Studenten in allen Kommissionen zu besetzenden Sitze nicht nur einen von den Studentenvertretern vorgeschlagenen RCDS-Angehörigen zu benennen, sondern zumindest zwei aus dem Kreis des RCDS zu wählen. Für dieses zweite dem RCDS angehörende Mitglied wurde eine Kommission vorgesehen, für die nicht nur ein oder zwei, sondern drei studentische Vertreter zu benennen waren. Der von den studentischen Senatsmitgliedern mitgetragene Kompromiß war dabei, daß dem ursprünglich von den Studentenvertretern vorgeschlagenen dritten Studierenden die zusätzliche gastweise Teilnahme an allen Sitzungen der Grundordnungskommission zugesagt wurde.

Absolut lächerlich ist deshalb die Behauptung in der Presseerklärung, daß die Wahl der Kommissionsmitglieder in der Senatsitzung am 27. Juli eine "wendgültige Abkehr von den Prinzipien der Gruppenuniversität" war und "die offiziellen Hochschulwahlen zu einer Farce macht". Genauso lächerlich ist die Unterstellung, daß der Präsident "möglichst bald wieder die Zustände der alten Ordinariatsuniversität beabsichtigt". Es ist auch eine Unterstellung, daß der Brief des RCDs, mit dem die Bitte um angemessene Berücksichtigung in den Hochschulgremien dem Präsidenten und den Dekanen vorgebracht wurde, "vertraulich" war und daß der Präsident hierüber "Andeutungen im Senat gemacht habe". Richtig ist, daß der Brief des RCDs im Senat vorgelesen worden war und dann auch den studentischen Senatmitgliedern in Kopie zur Verfügung gestellt wurde. Eine für die Denkwaise der Verfasser der Presseerklärung bezeichnende Unterstellung ist auch, daß die "Mutterpartei" des RCDs durch "ihr gewogene Professoren" Einfluß auf die Senatentscheidung genommen hat.

Da der tatsächliche Sachverhalt durch die beiden gewählten studentischen Senatsvertreter der "Studentenvertretung der Technischen Universität München" bekannt gewesen war, muß ich davon ausgehen, daß die Verfasser der Presseerklärung bewußt Unwahrheiten verbreiten wollten. Damit könnte dann nur die Absicht verfolgt worden sein, Unruhe in unsere Hochschule zu tragen und die konstruktive Zusammenarbeit aller Hochschulgremien zu stören. Die Zusammenarbeit mit den Studentenvertretern im Senat wird fragwürdig, wenn diese im Senat zwar konstruktiv und erfolgreich mitarbeiten, dies aber dann von anderen gewählten Studentenvertretern, die befügt oder unbefügt im Namen der gesamten Studentenvertretung sprechen, mit unwarren Darstellungen unterlaufen wird.

Die Süddeutsche Zeitung hat unter ihren "Hochschulinrichten" am 30. August unter der Überschrift "Studentenscheit für einen Hochschul-Präsidenten" aus der Presseerklärung zum Teil wörtlich zitiert. Durch diese im Namen der Studentenvertretung initiierte und deshalb von ihr auch zu verantwortende Presseveröffentlichung muß für einen Außensichenden der Eindruck entstehen, daß an unserer Hochschule zwischen der Hochschulleitung und den

Lehrenden einerseits und den Studierenden andererseits in grundsätzlichen Hochschulfragen Uneinigkeit besteht und daß die allgemeine Arbeitsatmosphäre unerfreulich ist. Ich bedauere dies, da ein solcher Eindruck den tatsächlichen Verhältnissen an unserer Hochschule glücklicherweise völlig widerspricht.

Ich erwarte deshalb bis zur ersten Senatsitzung des neuen Studienjahres am 23. November eine Antwort auf die Frage, ob die Presseerklärung im Sinne der gesamten "Studentenvertretung der Technischen Universität" war. Sollte mir bis zu diesem Zeitpunkt keine zufriedenstellende Antwort vorliegen, werde ich, da der Vorgang durch die Zeitungsveröffentlichung publik geworden ist, die Angehörigen unserer Hochschule in geeigneter Form über den tatsächlichen Sachverhalt unterrichten. Es bliebe dann unseren Studierenden überlassen zu beurteilen, ob eine solche Tatsachenverfälschung, wie sie durch von Ihnen gewählte Vertreter durch die Presseerklärung erfolgte, im Interesse der Studenten unserer Hochschule liegt.

pro himm
(Professor Dr.-Ing. Otto Metlinger)

STUDENTENVERTRETUNG DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT MÜNCHEN

Arcisstr. 21 - 8000 München 2 - Telefon (089) 2105-2791-2792-2793

Neue Telefonnummern
21 05 29 90/1

Studentenvertretung TU München, Arcisstraße 21, 8000 München 2

An den Präsidenten der
TU München

Herrn Prof. Otto Weikinger

Der Sprecherat,
die stud. Senatsmitglieder,
der Studentenrat

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

München, den 17.11.88

Sehr geehrter Herr Präsident!

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 26.10.88 nehmen wir wie folgt
Stellung:

Die Presseerklärung vom 2.8.88 erfolgte als Presseerklärung des
Sprecherrats der TU München und somit im Namen aller Studierenden
der TU, wie aus dem Begleitschreiben an die jeweiligen Münchener
Zeitungen eindeutig hervorgeht. Obwohl die studentischen Senats-
mitglieder mit dem Tonfall der Presseerklärung nicht einverstan-
den waren, hat es eine inhaltliche Distanzierung von dieser nie
gegeben.

Unsere Kritik richtet sich gegen Ihr Vorgehen bei der Auswahl der
studentischen VertreterInnen in den Senatskommissionen und -aus-
schüssen. Nach Meinung der gesamten Studentenvertretung gab es
keinen Anlaß unseren, in ausführlicher Diskussion, auch mit dem
RCDS, erarbeiteten Vorschlag, ~~(eigenständig)~~ abzuändern. Wir sind
der Auffassung, daß eine Änderung der Vorschlagsliste des Studen-
tenrats - auch im Einzelfall - nicht mehr als unser Vorschlag an-
gesehen werden kann.

Bei dem von Ihnen gemachten Eingriff auf unsere Liste berufen Sie
sich darauf, daß der Senat eine Entscheidung nach der Fachkompetenz
zu treffen habe. Eine dahingehende Diskussion hat es in der Senats-
sitzung am 27.7.88 nicht gegeben, vielmehr führten Sie dort die Be-
rechtigung des RCDS anhand seines erzielten Hochschulwahlergebnisses
an.

Wir sind der Ansicht, daß es nur im Rahmen der Gremien der Studen-
tenvertretung möglich ist, die Sachkompetenz und Bereitschaft zur
Zusammenarbeit der jeweiligen BewerberInnen zu beurteilen. Eine
solche Beurteilung liegt selbstverständlich unserer Vorschlagsli-
ste zugrunde.

Aus Ihren Darlegungen müssen wir folgern, daß für die Nominierung
Wolfgang Wiehles keine Beurteilung der Sachkompetenz maßgeblich
war, sondern seine Zugehörigkeit zu einer politischen (an der Hoch-
schule aktiven) Gruppierung. Die Ergebnisse der letzten Hochschul-
wahl ergaben eindeutig ein Mandat für die Liste "Fachschaften und
ASTA", die Studierenden im Senat und damit auch in den Senatskom-
missionen zu vertreten.

Sollten Sie den Vorschlag haben, den RCDS trotzdem an der Senatsarbeit
zu beteiligen, muß Ihnen klar sein, daß dies ausdrücklich am Votum
der WählerInnen vorbeigeht. Abzusehende Auswirkung dieser Praxis ist
u.a., daß die Bedeutung der Hochschulwahl nicht mehr plausibel ge-
macht werden kann und dieses zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung
führen wird.

Insgesamt geht es uns darum, unser Selbstverständnis einer umfassen-
den Studentenvertretung der TU München in den verschiedenen Gremien
zu bewahren.

Hochachtungsvoll

Atomkraftwerke in jeder Stadt!

Braunschweig auch möglicher Standort für HTR-Modul!

Anfang 1987 hat die Firma Siemens (KWU und Interatom) beim Niedersächsischen Umweltministerium einen Antrag auf einen standortunabhängigen Vorbescheid zum Bau einer neuen Kernreaktorlinie eingereicht. Bei erteiltem Vorbescheid können im gesamten Bundesgebiet beliebig viele Kernkraftwerke des untersuchten Types gebaut werden.

Bei dem zur Genehmigung vorliegenden Reaktor handelt es sich um einen Hochtemperaturreaktor in Modulbauweise (HTR-Modul). Er kann eine thermische Leistung von 200MW (Wärme) oder eine elektrische Leistung von 100MW erzeugen. Werden größere Leistungen benötigt, so können mehrere Module gekoppelt werden.

Genehmigungsverfahren und Informationspolitik lähmen Bürgerbeteiligung

Der HTR-Modul soll nach §7a AtG standortunabhängiger Vorbescheid genehmigt werden. Das bedeutet:

- Die Standorte sind unbekannt.
- Die Genehmigung ist für die ganze Bundesrepublik Deutschland gültig.
- Klagen darf nur, wer in der Nähe des Standortes wohnt und während der Auslegungsfrist Einwendungen vorgebracht hat.

Durch spärliche und verniedlichende Presseberichte wird die Tragweite des laufenden Genehmigungsverfahrens verheimlicht und die Bürgerbeteiligung de facto außer Kraft gesetzt.

Siedlungsnahes Kernkraftwerk auch für Braunschweig denkbar

Mit dem HTR-Modul sollen auch Fernwärme und Prozeßwärme erzeugt werden. Um die Wärme effektiv zu nutzen, muß das HTR-Modul siedlungsnah oder industrienah errichtet werden. Damit ist der HTR-Modul geeignet, das Heizkraftwerk Mitte zu ersetzen oder zu ergänzen.

RISIKO für Gesundheit und Frieden

(Fortsetzung auf Rückseite)

RISIKO für Gesundheit und Frieden

Vom HTR-Modul wird behauptet, daß er sehr sicher sei. Hier einige Schwachpunkte:

- Ein Sicherheitsbehälter zur Rückhaltung von Radioaktivität im Störfall ist nicht vorhanden.
- Es kann - wie in Tschernobyl - ein Graphitbrand ausbrechen.
- Es entsteht volumenmäßig viel mehr Atom Müll als in bisherigen Kernkraftwerken.
- Die Atom Müllentsorgung ist noch immer ungelöst.
- Zur Atomwaffenproduktion gut geeignet.

Wir fordern:

STOPPT den HTR-Modul!!!

Dies können Sie tun

- Andere Informieren
- Fragen Sie Ihren Abgeordneten, was er und seine Partei gegen einen HTR-Modul in Braunschweig unternommen haben und zukünftig unternehmen wollen
- Schreiben Sie einen Protestbrief an den Niedersächsischen Umweltminister W. Remmers
- Während der Auslegungsfrist Einwendungen schreiben
- Spenden, um die Informationskampagne zu unterstützen:
Umweltschutzorganisation BUND, Konto Nummer 101 030 047,
Nord/LB 25 050 000, unter dem Stichwort "HTR Braunschweig".

Weitere Informationen erhalten Sie bei

Robin Wood, Goslarische Str. 93, 3300 Braunschweig
Tel. 05 31 / 8 31 88

BUND, Nimesstraße 2, 3300 Braunschweig
Tel. 05 31 / 1 55 99

DBV, Nimesstraße 2, 3300 Braunschweig
Tel. 05 31 / 1 72 87

Greenpeace, Hagenbrücke 5, 3300 Braunschweig
Tel. 05 31 / 1 55 05

AG gegen HTR/BIU, Stephanus Str. 25, 3000 Hannover 91

v.l.S.d.P: Robin Wood, Greenpeace, BUND, DBV.



ROBIN WOOD

fordert + fordert + fordert + fordert +

KEINE NEUEN ATOMKRAFTWERKE!

Siemens und die niedersächsische Landesregierung genehmigen sich neue Atomkraftwerke — Typ HTR Modul

Nach dem Willen von Siemens soll die neue Reaktorlinie Hochtemperaturreaktor Modul in den 90er Jahren die auslaufende Serie der Leichtwasserreaktoren wie Biblis, Grohnde, Brokdorf ablösen.

Mit der erstmaligen Anwendung des Genehmigungsverfahrens „standortunabhängiger Vorbescheid“ sollen die Einspruchsmöglichkeiten der Bürger ein für allemal ausgehebelt werden.

Nach der Fertigstellung der AKW-Blöcke Lingen II, Isar II und Neckar II ist Siemens von 1989 an nur noch mit den Wartungsverträgen seiner ehemaligen Tochter KWU im inländischen Atomgeschäft. Für die andere Tochter Interatom brauchen sie jetzt dringend neue Aufträge im Kraftwerksbau.

Das Konzept HTR Modul liegt seit 1984 fest. Seitdem taucht der HTR Modul in vielen Aufsätzen für die „Nuclear Community“ so auf, als ob es ihn bereits gäbe. Mit dieser Art von Propaganda gelang es Siemens, den HTR 500 von BBC aus dem Bewußtsein der interessierten Wirtschaftsunternehmen zu verdrängen.

Den Betroffenen aus dem Wege gehen

Gegenüber der Öffentlichkeit werden die Neubaupläne gekonnt heruntergespielt. Ziel dabei ist es, der Auseinandersetzung mit der direkt betroffenen Bevölkerung so lange wie möglich aus dem Wege zu gehen. Ende August letzten Jahres wollte Siemens noch glauben machen, bei der beantragten atomrechtlichen Prüfung ginge es lediglich darum, bei „etwaigen Exportgeschäften ein deutsches Gutachten“ vorlegen zu können. Auch Umweltminister Remmers, dem zu diesem Zeitpunkt noch kein konkreter Standort bekannt zu sein schien, sprach von einer „Referenzanlage, die zu Demonstrationszwecken errichtet werden könnte“. Und für die Weiterentwicklung des internationalen Sicherheitsstandards der Kerntechnik sei die Landesregierung zu haben.

Die Rede von den „Export-AKW's“ lenkt von der Tatsache ab, daß der HTR Modul auf die Veränderungen des Energiemarktes in der Bundesrepublik zugeschnitten ist.

Neues Produkt für neue Märkte

In der Bundesrepublik gibt es ein Überangebot an Kraftwerksleistung zur Stromerzeugung. Die Energieversorgungsunternehmen (EVUs) bemühen sich daher, ihren überschüssigen Strom im Wärmemarkt unterzubringen. Geschöpfte Besitzer von Nachspeicheröfen wissen das.

Neben den Haushalten sind aber vor allem Industriebetriebe zu nennen, die ihre Produktionskosten niedrig halten wollen. Viele benötigen Prozeßwärme, angefangen von der Verformung von Kunststoffen über die Aufarbeitung von Erdöl bis zur besseren Ausbeutung von Erdöllagerstätten wie im niedersächsischen Emsland. Wärme aus Strom zu erzeugen ist aber unsinnig und teuer. Die Zukunft soll daher in der Wärmekraftkoppelung liegen. Die Wärmekraftwerke müssen aber nah bei den Wärmekunden errichtet werden, da bei längeren Transportstrecken die Wärmeverluste zu hoch werden. Ökonomisch sinnvoll sind daher viele kleine Kraftwerke nah an Siedlungs- oder Industriegebieten.

Daß der Kraftwerksbau nach dem Bedarf der Industrie voranschreitet, wissen wir spätestens seit der Errichtung des AKW Stade, das seinen Strom an die Elektrolyseöfen der nahegelegenen Reynolds-Aluminiumhütte abgibt.

Das „Arbeitsplatzargument“ taucht seit neuestem u.a. für die Industrieregionen mit hohem Energiebedarf wie Wilhelmshaven, Nordenham, Goslar mit Vorharz, Peine/Salzgitter, dem Großraum Hannover sowie Alfeld und Hoya auf.

Technik und Preisgestaltung

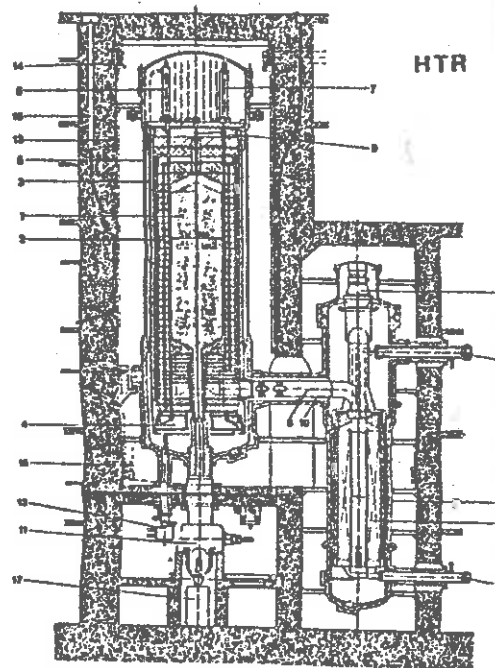
Diese Entwicklung wird auch Siemens nicht entgangen sein. Das Ergebnis ihrer Überlegungen ist der HTR Modul mit einer Leistung von 100 MW je Block. Mehrere solcher AKWs sollen zusammengeschaltet (modulartig) kombiniert Prozeßdampf bis 500°C, Fernwärme oder Strom erzeugen können.

Das Problem bei der Vermarktung sind die Kosten von AKWs. Prinzipiell ist die vierfache Auslegung der Sicherheitssysteme das eigentlich teure an AKWs, fast ungeachtet dessen, ob sie 1300 MW, 500 MW oder 100 MW Leistung erzeugen.

Die neue „Sicherheitsphilosophie“ muß daher lauten: Weniger Anlagenteile gleich weniger Schweißnähte; einfachste Konstruktion und Reduzierung der Komplexität gleich höhere Sicherheit; geringster Personalaufwand zugunsten von automatischer Überwachung gleich Ausschaltung des Störfaktors Mensch.

Der HTR Modul soll dementsprechend im wesentlichen aus einem Druckgefäß, einem Ein- und Ausströmrohr für das Kühlmittel Helium, einem Wärmetauscher und einem Notstromaggregat für das eine Kühlgebläse bestehen. Der zweite Kühlkreislauf mit dem Dampfgenerator zur Auskoppelungsmöglichkeit für Wärme oder zur Stromerzeugung wird nach dem Willen von Siemens nicht als Bestandteil der Atomanlage betrachtet.

Nach Angaben von Michael Sailer (Projektgruppe Reaktorsicherheit des Öko-Instituts) soll dieser sicherheitstechnisch abgemagerte Reaktor 800 bis 900 Millionen D-Mark kosten.



- | | | |
|--------------------------|--|----------------------------|
| 1 Brennelementschaltung | 8 Brennelemente Fördereinrichtung | 15 Vorfeld Flächenelement |
| 2 Brennelemente Erdboden | 9 Heißgasleitung | 16 Innere Brennelemente |
| 3 Brennelemente | 10 Heißgasleitung | 17 Brennelemente Druckrohr |
| 4 Brennelemente | 11 Brennelemente Abgasrohr | 18 Brennelemente |
| 5 Brennelementebehälter | 12 Brennelementeblock des Brennelementebehälters | 19 Brennelementebehälter |
| 6 Brennelementebehälter | 13 Brennelemente | 20 Brennelementebehälter |
| 7 Brennelemente | 14 Brennelemente | 21 Brennelemente |
| | | 22 Brennelemente |

Das neue Genehmigungsverfahren

Kurz nach dem Unglück von Tschernobyl legte die KWU einen Antrag auf Konzeptgenehmigung in Nordrhein-Westfalen vor, den sie später wieder zurückzog, um bald darauf gleiches in Niedersachsen zu probieren. Das niedersächsische Umweltministerium riet, die Konzeptgenehmigung in der Form des „standortunabhängigen Vorbescheids“ nach §7a Atomgesetz (AtG) durchzuführen. Bei diesem Verfahren handelt es sich, wie bei den technischen Besonderheiten dieses Reaktortyps, auch um eine juristische Besonderheit.

Der Regelfall des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens war: Man mußte bisher in jedem Fall an einem bekanntgemachten Standort unter der Beteiligung der betroffenen Bevölkerung in einer politischen Diskussion sich die technische Anlage Reaktor genehmigen lassen.

Aber nach §7a ATG kann der Betreiber einen Vorbescheid beantragen, entweder für einen Standort — das hat man nur einmal versucht und nach Eintreffen von 1243 Einwendungen gleich wieder aufgegeben — oder für einen Bautyp. Dieser Weg, der nach §7a ATG ausdrücklich möglich ist, ist bisher nie gegangen worden. Aber jetzt versucht man genau das.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß ein solches Verfahren rechtsgültig wird, ist die Beteiligung der Öffentlichkeit. Ist das Verfahren rechtsgültig abgeschlossen, dann tritt die „Präklusion“ in Kraft, d.h. wer nicht rechtzeitig Einwendungen erhoben hat, hat bei nachfolgenden Verfahren wie der Standortgenehmigung und den Betriebsgenehmigungen kein Klagerecht mehr gegen die technische Anlage, also den Bautyp HTR Modul.

Dann kann man zum Beispiel im Standortgenehmigungsverfahren nicht mehr wegen Störfällen wie Erdbeben, Flugzeugabsturz oder Gaswolkenexplosion klagen, weil in den standortunabhängigen Vorbescheid alle sicherheitstechnisch relevanten Details der Anlage bereits einbezogen werden sollen.

Der jetzt beantragte Vorbescheid für eine Typgenehmigung bedeutet aber, daß kein Mensch weiß, ob er sich juristisch betroffen fühlen kann, ob er damit rechnen muß, daß eine AKW in seiner Nachbarschaft, im Umkreis von 20 km oder vielleicht gleich neben seinem Zaun errichtet werden soll. Es heißt im §7a AtG lediglich, daß die Genehmigung bei der Genehmigungsbehörde des Landes zu beantragen sei, in dem die Anlage errichtet werden soll. Wenn nun dieses laufende

Sicher? Sicher? Sicher? Sicher?

In sicherheitstechnischer Hinsicht werden dem HTR Wunderdinge nachgesagt. So sei ein Kernschmelzunfall wie beim Leichtwasserreaktor ausgeschlossen, da Graphit nicht schmelze, sondern bei 3500°C von fest in Gas übergeht, also bei Temperaturen, die bei kleinen oder mittleren HTR ohnehin nicht erreicht würden. Verallgemeinernd wird dann sinngemäß behauptet, beim HTR sei kein Unfallablauf möglich, in dessen Folge es zu radioaktiven Freisetzungen käme, die Katastrophenschutzmaßnahmen außerhalb der Anlage nötig machen. Das Gefährdungspotential ist wie beim Leichtwasserreaktor (LWR) auch beim HTR bestimmt durch das Inventar an radioaktiven Spaltprodukten sowie durch ihre naturgesetzlich möglichen Freisetzungsmechanismen. Das radioaktive Gesamtinventar an Spaltprodukten beträgt beim HTR-Modul ca. 5% von dem eines LWR. Demnach ist dieses Inventar immernoch so groß (ca. 2×10^{19} Becquerel), daß bereits die Freisetzung von Prozentsätzen dieses Inventars ausreicht, massive Gesundheitsschäden bei der Bevölkerung hervorzurufen. Dies gilt umso mehr, als kleine Hochtemperaturreaktoren bevorzugt siedlungsnah errichtet werden sollen.

Bezüglich der Freisetzungsmechanismen ist es belanglos, ob beim HTR Kernschmelze möglich ist oder nicht, sondern es kommt darauf an, ob und wann die Brennelementteilchen und Brennelemente ihre Rückhaltewirkung verlieren. Genau diese Rückhaltewirkung läßt bei Temperaturen oberhalb von 1600°C nach und geht bei Temperaturen zwischen 2000 und 2500°C praktisch verloren. Dies sind genau die Temperaturen, die beim (T-)HTR 300 in Hamm-Uentrop beim Ausfall der Nachwärmeabfuhr erreicht werden. Als weitere potentielle Ursache für HTR-spezifische Unfälle gilt die Verwendung von Graphit. Dieser wird im HTR als Moderator und als Strukturmaterial verwendet. Trotz Versorgemaßnahmen kann nicht ausgeschlossen werden, daß es zu großen Wassereinbrüchen und zu Lufteinbrüchen in den Primärkreislauf kommt. Beim zusätzlichen Ausfall von Sicherheitssystemen sind dann schwerwiegende Unfälle mit Graphit-Wasserreaktionen und Graphitbränden (Tschernobyl) die Folge. Diese Unfallarten gehören beim HTR-Modul zu den risikodominierenden Unfallabläufen.

Verfahren Ende dieses Jahres in den Bereich Öffentlichkeitsbeteiligung kommt, dann wird im Bundesanzeiger und im Ministerialblatt bekanntgemacht, daß ein HTR Modul als Typ zu genehmigen ist.

Diese Genehmigung wird dann, nach der Unterzeichnung durch die Umweltminister der übrigen Bundesländer auf das ganze Bundesgebiet übertragbar! Also müssen sich alle von Plensburg bis Oberstdorf angesprochen fühlen!!!!!!!!!!!!!!

Und alle, die sich nicht entscheiden konnten, ob sie in ihren Rechten betroffen sind, sind angeschmiert.

Sollte man/frau sich dennoch betroffen fühlen und rechtzeitig Einwendungen zum Vorbescheid erheben wollen, so wird es eine

weitere Überraschung geben. In einer Arbeitsgruppe beim BMFT wird seit 1984 daran gearbeitet, zwischen Antragstellern, Behörden und Gutachtern technische Fragen vorab zu klären und die Genehmigung vom juristischen Standpunkt her unangreifbar zu machen, damit kein Einwander mehr eine Lücke findet.

Schon in der bisherigen Form war die Bürgerbeteiligung nicht zur Verhinderung von Atomanlagen gedacht. Nun soll nur noch ganz formal die Rechtsgültigkeit für die Typgenehmigung erlangt werden.

Daß die Betroffenen sich in der Vergangenheit nicht auf die Rolle des „kritischen Begleiters des Baus von Atomanlagen“ haben beschränken lassen, ist ihrem politischen Willen und Handeln zuzuschreiben.

Unsere Hoffnungen richten sich daher darauf, breiten Widerstand in der Bevölkerung zu entwickeln.

Als erster Schritt werden in der ganzen Bundesrepublik Sammeleinwendungen für das Ende 1988 zu erwartende Einspruchsverfahren organisiert.

Diese Sammeleinwendungen haben vor allem politische Bedeutung:

- Mit einem Einspruch hat man/frau eine Eintrittskarte für den Erörterungstermin. Wir werden es uns nicht entgehen lassen, zahlreich auf dieser Veranstaltung zu erscheinen!
- Es soll eine breite Aufklärung in der Öffentlichkeit erreicht werden.
- Darauf wird sich die Mobilisierung zu weiteren Aktionen stützen.

ROBIN WOOD

V.i.S.d.P. Regionalgruppe Braunschweig
Goslarsche Str. 93
3300 Braunschweig

Spendenkonto: ROBIN WOOD Postgiro Hamburg
Konto-Nr. 209 98-200/BLZ 200 100 20

**WÜNSCHEN SIE
WEITERE INFORMATION**

**DANN STECKEN SIE 3,- DM
IN BRIEFMARKEN IN EINEN
UMSCHLAG UND SCHICKEN
IHN (STICHWORT "HTR") AN
ROBIN WOOD
GOSLARSCHES STR. 93
3300 BRAUNSCHWEIG**

